

## Aktuelle Trends

*Hans-Ulrich Brautzsch*

Arbeitsmarkt Ostdeutschland 1997:  
Beschäftigungsabbau setzt sich fort

*Hubert Gabrisch/Hilmar Schneider*

Beschäftigungswunder Tschechien:  
Niedrige Löhne und viel öffentliche Verwaltung

*Anja Landwehrkamp*

Die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland  
bis zum Jahr 2010

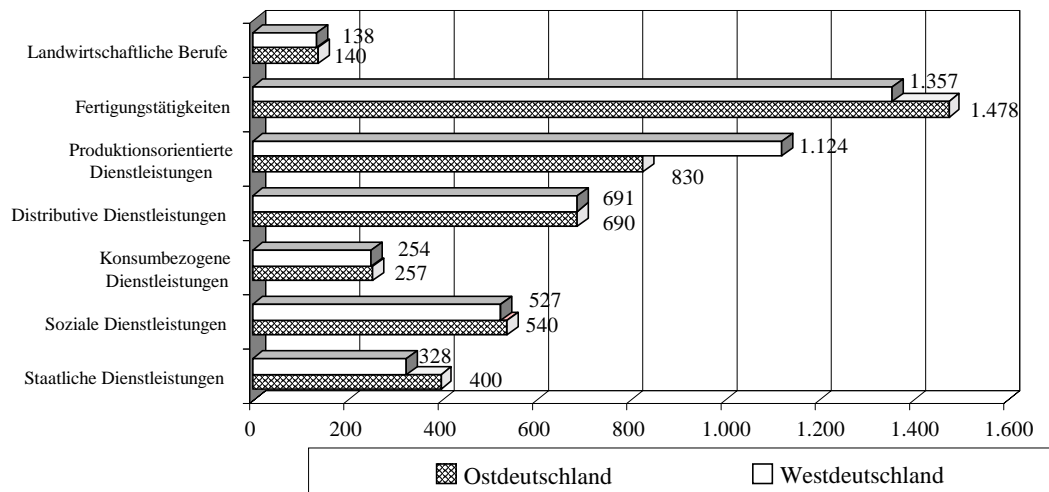
*Udo Ludwig*

IWH-Industrienumfrage:  
Geschäftsklima in Ostdeutschland im  
Januar 1997 gespalten

## Aktuelle Trends

### Vergleichsweise wenig produktionsorientierte Dienstleistungen in Ostdeutschland

- Erwerbstätige nach Berufen je 10.000 Einwohner, 1995 -



Quellen: Mikrozensus 1995, Berechnungen des IWH

Die Beschäftigtenstrukturen in Ost- und Westdeutschland ähneln sich in weiten Bereichen, diesen Eindruck erweckt die Klassifikation der Berufsfelder in landwirtschaftliche Berufe, Fertigungstätigkeiten und Dienstleistungen. Bei der Aufgliederung der Erwerbstätigen in Dienstleistungsberufen fällt jedoch ein unterproportionaler Anteil der produktionsorientierten Dienstleistungen in Ostdeutschland auf. Während 1995 in Westdeutschland 1.124 Erwerbstätige je 10.000 Einwohner in produktionsorientierten Dienstleistungsberufen arbeiteten, waren es in Ostdeutschland nur 830 Erwerbstätige.

In den übrigen Dienstleistungszweigen gibt es auf aggregiertem Niveau keine signifikanten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Ein Blick auf detailliertere Daten zeigt jedoch Differenzen innerhalb der Dienstleistungszweige. Beispielsweise arbeiten in Ostdeutschland in dem Zweig soziale Dienstleistungen mehr Krankenschwestern (Ost 115, West 106), Kindergärtnerinnen (Ost 86, West 46) und Lehrer (Ost 140, West 128), aber weniger Sprechstundenhilfen (Ost 55, West 78) und Seelsorger (Ost 5, West 10).

Strukturunterschiede existieren allerdings auch innerhalb der produktionsorientierten Dienstleistungen. Die Zahl der Bankfachleute liegt mit 34 Erwerbstätigen je 10.000 Einwohner unter dem westdeutschen Niveau von 76 Erwerbstätigen. Auch arbeiten in Westdeutschland deutlich mehr Datenverarbeitungsfachleute (49) und Wirtschaftsprüfer (27) als in Ostdeutschland (22 bzw. 14). Zum Teil wurden hier die durch berufsqualifizierende Maßnahmen geschaffenen Potentiale noch nicht beschäftigungswirksam umgesetzt. Es finden sich in Ostdeutschland jedoch mehr Erwerbstätige in relativ einfachen Dienstleistungen wie etwa in Ordnungs- und Sicherheitsdiensten.

Deutlich ist auch der Unterschied bei den Erwerbstätigen in verwaltungstechnischen Berufen. Hier weist der Mikrozensus für Ostdeutschland eine Gesamtzahl von 456 Erwerbstätigen pro 10.000 Einwohner auf. In Westdeutschland liegt diese Zahl bei 602 Erwerbstätigen. Zudem sind davon in Ostdeutschland 68 vH im privaten Sektor beschäftigt. In Westdeutschland sind es dagegen 78 vH. Ein Grund für den niedrigen Anteil dieser Berufsgruppe in ostdeutschen Unternehmen ist, daß Verwaltungssitze von größeren Unternehmen zumeist in Westdeutschland angesiedelt sind.

*Gerald Müller*

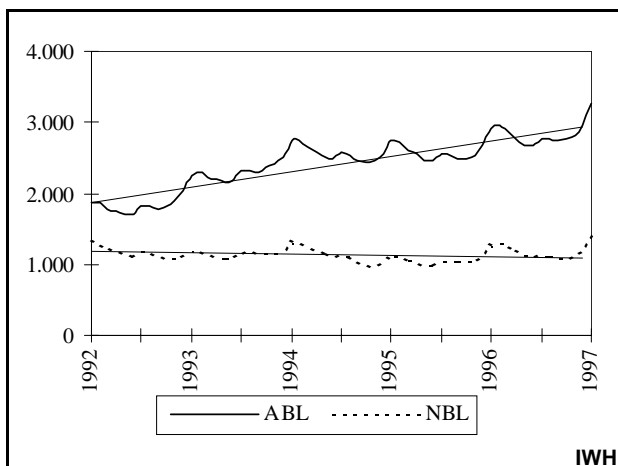
# Arbeitsmarkt Ostdeutschland 1997: Beschäftigungsabbau setzt sich fort

## Entspannung am Arbeitsmarkt nicht in Sicht

Die dramatische Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, die in den jüngsten Arbeitsmarktdaten zum Ausdruck kommt, kann mit saisonalen Effekten allein nicht hinreichend erklärt werden. Vielmehr ist davon auszugehen, daß sich dahinter auch strukturelle Verschiebungen verbergen, die somit längerfristig spürbar bleiben.

Bedenklich ist die Entwicklung vor allem in Westdeutschland, weil hier der Trend zum Anstieg der Arbeitslosigkeit ungebrochen ist. In Ostdeutschland verharrt die registrierte Arbeitslosigkeit dagegen mehr oder weniger auf dem gleichen – wenn auch hohen – Niveau.

Abbildung 1:  
Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen in West- und in Ostdeutschland  
- in 1.000 Personen -



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Hinzu kommt, daß der Anstieg in Westdeutschland in erster Linie mit einem Abbau von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt einhergeht, während dies für Ostdeutschland nur zum kleineren Teil gilt. Zum größeren Teil spielt in Ostdeutschland statt dessen die Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen eine Rolle. Dies resultiert vor allem aus dem Auslaufen der Vorruhestandsregelungen. Dennoch fiel hier der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresmonat um etwa 15.000 Personen geringer aus als es allein der Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen entsprochen hätte. Bei gleichem Niveau der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie im entsprechenden Vorjahresmonat hätte die registrierte

Arbeitslosigkeit im Januar sogar noch abgenommen.

## Schwaches Produktionswachstum sorgt für Rückgang der Beschäftigung

Auf dem ersten Arbeitsmarkt hat das nachlassende Produktionswachstums 1996 in Ostdeutschland zu einem Rückgang der Beschäftigung um über 60.000 Erwerbstätige geführt, da die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts deutlich hinter dem Produktivitätsanstieg zurückfiel.<sup>1</sup> Eine wichtige Ursache für das gedämpfte Wachstum dürfte in der anhaltend hohen Lohnkostenbelastung der Unternehmen zu suchen sein. In Ostdeutschland übersteigen die Lohnstückkosten den westdeutschen Vergleichswert nach wie vor um über 30 vH (vgl. Tabelle 1). Die Lohnentwicklung bleibt zwar hinter der Produktivitätsentwicklung zurück, aber der Abstand ist zu gering, um die nicht zuletzt von den Lohnkosten bestimmten Wettbewerbsnachteile gegenüber Westdeutschland abbauen zu können.

Das schwache Produktionswachstum läßt auch 1997 eine – wenn auch verlangsamte – Fortsetzung des Rückgangs der Arbeitsnachfrage erwarten. Die Stundenarbeitsproduktivität dürfte lediglich knapp 55 vH des westdeutschen Vergleichswertes erreichen. Dies signalisiert eine Verfestigung der vorhandenen Wettbewerbsnachteile.

## Weiterer Rückgang der Erwerbsneigung

Der seit Anfang der 90er Jahre zu beobachtende Rückgang der Erwerbsneigung der ostdeutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter setzt sich fort. Pro Jahr fällt der Anteil des Erwerbspersonenpotentials seither um etwa zwei Prozentpunkte.<sup>2</sup> 1997 dürfte dieser Anteil unter 76 vH sinken (vgl. Tabelle 2). Er wird allerdings auch dann noch erheblich über dem westdeutschen Vergleichswert liegen. Der seit 1996 zu verzeichnende Rückgang der Arbeitsnachfrage wird von dem noch stärkeren

<sup>1</sup> Vgl. SCHNEIDER, H.: Arbeitsmarkt Ostdeutschland 96/97: Keine weitere Beschäftigungsexpansion, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, 12/1996, S. 11-14.

<sup>2</sup> Zum Erwerbspersonenpotential gehören die Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt, die Unterbeschäftigten und Bezieher von Erziehungsgeld, die zuvor erwerbstätig waren. Abweichend von der sonst üblichen Definition wird hier die Stille Reserve nicht berücksichtigt, weil dafür keine gesicherte Schätzgrundlage vorliegt. Die Erwerbsbeteiligungsquote, d.h. die Relation des Erwerbspersonenpotentials zu den Erwerbsfähigen, dient als Indikator für die Erwerbsneigung.

Rückgang der Erwerbsneigung überlagert, so daß per saldo auch die Unterbeschäftigung abnimmt.

Tabelle 1:  
Entwicklung von Produktion, Produktivität und Beschäftigung  
- in vH, Inlandskonzept -

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	1995	1996	1997 <sup>a</sup>	1995	1996	1997 <sup>a</sup>
Arbeitsproduktivität (nominal) <sup>b</sup>	8,3	7,4	6,8	5,5	3,5	4,7
Geleistete Jahresarbeitszeit	-2,0	-1,2	-0,6	-1,1	-0,3	-1,0
Erwerbstätige	1,1	-1,5	-1,1	-0,6	-1,1	-0,2
Bruttoeinkommen je abhängig Beschäftigten	6,2	4,2	3,4	3,2	2,4	1,8
Lohnstückkosten (nominal) <sup>c</sup>	-0,3	-2,2	-3,1	-1,2	-1,0	-1,9
<i>Nachrichtlich (Westdeutschland = 100):</i>						
Arbeitsproduktivität (nominal) <sup>b</sup>	51,6	53,5	54,6	-	-	-
Lohnstückkosten (nominal) <sup>c</sup>	135,2	133,5	131,9	-	-	-

<sup>a</sup> IWH-Prognose. – <sup>b</sup> Nominales BIP je geleistete Arbeitsstunde. – <sup>c</sup> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zum nominalen BIP.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 2:  
Erwerbsbeteiligung in Ost- und Westdeutschland  
- Inländerkonzept -

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	1995	1996	1997 <sup>1</sup>	1995	1996	1997 <sup>1</sup>
in 1.000 Personen						
Erwerbsfähige <sup>a</sup>	10.663	10.703	10.750	45.113	45.234	45.366
Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt	6.402	6.339	6.288	28.045	27.730	27.671
Arbeitslose	1.047	1.169	1.260	2.565	2.796	2.975
Arbeitslose nach § 105 <sup>b</sup>	32	38	35	59	61	60
Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten	37	37	32	48	74	60
Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	312	278	260	72	76	90
Teilnehmer an Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung in Vollzeitäquivalenten	243	229	185	259	272	231
Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen				44	40	40
Vorruhestandler <sup>c</sup>	377	215	95	148	140	120
Unterbeschäftigung <sup>d</sup>	2.048	1.966	1.867	3.195	3.459	3.576
Bezieher von Erziehungsgeld mit vorangehender EW	37	38	38	310	300	285
Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve <sup>e</sup>	8.450	8.306	8.161	31.502	31.415	31.472
Auspendler	432	432	432	191	191	191
Einpendler	104	104	104	556	565	565
in vH						
Erwerbsbeteiligungsquote <sup>f</sup>	79,2	77,6	75,9	69,8	69,4	69,4
Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt <sup>g</sup>	60,0	59,2	58,5	62,2	61,3	61,0
Erwerbstätigenquote insgesamt <sup>h</sup>	62,9	61,8	60,9	62,3	61,5	61,2
Unterbeschäftigungsquote <sup>i</sup>	24,2	23,7	22,9	10,1	11,0	11,4
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	52,7	61,4	69,4	82,1	82,6	84,9
Arbeitslosenquote <sup>k</sup>	13,9	15,5	16,6	8,5	9,3	9,9

<sup>a</sup> Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – <sup>b</sup> Ohne Arbeitslose nach § 105. – <sup>c</sup> Einschließlich Arbeitslosen nach § 105 c. – <sup>d</sup> Summe aus den vorangestellten Kursivwerten. – <sup>e</sup> Da Kurzarbeiter bereits in der Zahl der Erwerbstätigen enthalten sind, ist der Arbeitsausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten zu subtrahieren, um eine Doppelzählung zu vermeiden. – <sup>f</sup> Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve in Relation zu den Erwerbsfähigen. – <sup>g</sup> Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – <sup>h</sup> Erwerbstätige im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – <sup>i</sup> Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve. – <sup>k</sup> Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit von erwerbstätigen Inländern im ersten Arbeitsmarkt (ohne Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten), Arbeitslosen und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. – <sup>1</sup> IWH-Prognose.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

### **Zweiter Arbeitsmarkt auf anhaltend hohem Niveau**

Trotz der schrittweisen Rückführung der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden staatliche Beschäftigungsprogramme auch 1997 eine wichtige Rolle für den ostdeutschen Arbeitsmarkt spielen. Etwa 4,2 vH der 6,22 Millionen ostdeutschen Erwerbstätigen dürften 1997 im Rahmen des zweiten Arbeitsmarktes tätig sein. Allerdings dürfte es zunehmend schwieriger werden, entsprechende Aufgabenfelder zu erhalten, da die Tätigkeit der BvS insbesondere im Bereich der Umweltsanierung ihrem Ende entgegen geht. Kommunale Träger, die

für die Kofinanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine immer größere Bedeutung erlangt haben, stehen im Konflikt mit dem Ziel der lokalen Wirtschaftsförderung.<sup>3</sup> Es bleibt abzuwarten, inwiefern es mit der Reform des Arbeitsförderungsgesetzes gelingen wird, diesen Konflikt durch die stärkere Einbindung privater Unternehmen in den Wettbewerb um Beschäftigungsprogramme einzubeziehen.

Hans-Ulrich Brautzsch  
(bra@iwh.uni-halle.de)

## **Beschäftigungswunder Tschechien: Niedrige Löhne und viel öffentliche Verwaltung**

*Der tschechische Arbeitsmarkt hat unter den Transformationsproblemen bislang erstaunlich wenig gelitten. Verglichen mit der „Vollbeschäftigung“ der früheren Planwirtschaft ist die Erwerbstätigkeit nur moderat zurückgegangen. Darin unterscheidet sich Tschechien positiv von vielen anderen Transformationsländern, nicht zuletzt auch von Ostdeutschland. Zum einen erklärt sich das hohe Beschäftigungsniveau aus dem nach wie vor starken Engagement des Staates als Arbeitgeber. Auch nach Abschluß der zweiten Privatisierungsphase waren Anfang 1995 immerhin noch gut 40 vH aller tschechischen Erwerbstätigen beim Staat angestellt, hauptsächlich in Schulen und in der öffentlichen Verwaltung.*

*Beschäftigungskonservierende arbeitsmarktpolitische Programme spielten dagegen praktisch keine Rolle. Dafür hat sich die Arbeitsnachfrage im privaten Sektor so stark entwickelt, daß Tschechien inzwischen zu einem bevorzugten Ziel von Arbeitsmigranten aus anderen osteuropäischen Ländern avanciert ist.*

*Einen entscheidenden Anteil an der positiven Arbeitsmarktentwicklung hat die im internationalen Vergleich sehr günstige Lohnkostenentwicklung. Diese wurde sowohl durch binnen- als auch durch außenwirtschaftliche Faktoren ermöglicht. Aus der Binnensicht hat die Voucher-Privatisierung die Bereitschaft zum Reallohnverzicht begünstigt. Bei konstanten bzw. steigenden Nominallöhnen reichten die Staatseinnahmen dazu aus, daß der Staat seine Arbeitgeberrolle in starkem Maße aufrechterhalten konnte. Darüber hinaus konnte sich die tschechische Wirtschaft durch eine konsequente*

*Währungsabwertung zu Beginn des Transformationsprozesses eine gute Startposition verschaffen.*

### **Zur Lage und Entwicklung des tschechischen Arbeitsmarktes**

Wie in allen Transformationsländern folgte dem Zusammenbruch des planwirtschaftlichen Systems auch in Tschechien zunächst ein unmittelbarer Beschäftigungseinbruch. Auffallend ist jedoch sein moderater Verlauf und die relativ rasche Stabilisierung der Erwerbstätigkeit auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Ihren Tiefpunkt erreichte die Zahl der Erwerbstätigen 1993. Das Minus von mehr als einer halben Mio. Arbeitsplätzen gegenüber dem Vergleichsjahr 1989 entspricht einem prozentualen Rückgang um gut 10 vH. Zum Vergleich: In Ostdeutschland betrug der entsprechende Rückgang mehr als 30 vH (vgl. Tabelle 1).

Auch hinsichtlich der Erwerbstätigenquote schneidet Tschechien vorbildlich ab. Diesbezüglich ist eine beachtliche Lücke zwischen den beiden Vergleichsregionen zu konstatieren. Bezieht man die Zahl der Erwerbstätigen auf die erwerbsfähige Bevölkerung, die hier einheitlich als Wohnbevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren definiert ist, dann stand beispielsweise 1995 einer Erwerbstätigenquote von knapp 74 vH in Tschechien eine Erwerbstätigenquote von 63 vH in Ostdeutschland gegenüber. Die hohe Erwerbstätigen-

<sup>3</sup> Vgl. SCHULTZ, B.: Zur Bedeutung ostdeutscher Beschäftigungsgesellschaften im kommunalen Bereich: Bewertung und Alternativen, in: Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland, H. 5, 1996, S. 28-33.

Tabelle 1:

## Entwicklungsvergleich der Arbeitsmärkte in Tschechien und Ostdeutschland

- 1.000 Personen, Prozentangaben in Klammern -

<b>Tschechien</b>	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Erwerbsfähige <sup>ab</sup>	6.489	6.525	6.586	6.645	6.701	6.752	6.798
Erwerbstätige <sup>cd</sup>	5.403	5.351	5.059	4.927	4.848	4.885	5.000
(Relation zu den Erwerbsfähigen)	(83,3)	(82,0)	(76,8)	(74,1)	(72,3)	(72,3)	(73,6)
Arbeitslose <sup>d</sup>	-	39	141	163	155	172	156
(Anteil an den Erwerbspersonen <sup>e</sup> )		(0,7)	(2,7)	(3,2)	(3,1)	(3,4)	(3,0)
<b>Ostdeutschland</b>	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Erwerbsfähige <sup>ad</sup>	11.142	10.883	10.648	10.589	10.603	10.627	10.666
Erwerbstätige <sup>cd</sup>	9.745	8.899	7.590	6.725	6.533	6.640	6.714
(Relation zu den Erwerbsfähigen)	(87,5)	(81,8)	(71,3)	(63,5)	(61,6)	(62,5)	(63,0)
Arbeitslose <sup>d</sup>	-	241	913	1.171	1.165	1.168	1.079
(Anteil an den Erwerbspersonen <sup>e</sup> )		(2,6)	(10,7)	(14,8)	(15,1)	(15,0)	(13,8)

<sup>a</sup> Wohnbevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren. – <sup>b</sup> Jahresende. – <sup>c</sup> Ohne Mehrfachbeschäftigung, aber mit Kurzarbeitern, Saisonarbeit usw. – <sup>d</sup> Jahresdurchschnitt. – <sup>e</sup> Erwerbstätige und Arbeitslose.

Quelle: Arbeitsunterlagen des Statistischen Zentralamtes Prag sowie des Forschungsinstituts für Arbeit und soziale Angelegenheiten beim Ministerium für Arbeit und Soziales, Prag 1996; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg; Berechnungen des IWH.

quote in Tschechien ist umso bemerkenswerter, als der dortige Arbeitsmarkt demografisch bedingt einen starken Angebotseffekt zu verkraften hatte. Ohne diesen Effekt, d.h. bei der gleichen Zahl von Erwerbsfähigen wie 1989, hätte die tschechische Erwerbstätigenquote 1995 zumindest rechnerisch sogar bei 77 vH gelegen, in Ostdeutschland wäre sie dagegen noch niedriger ausgefallen und hätte nur bei 60 vH gelegen.

Entsprechend niedrig war die Arbeitslosenquote, die 1995 in Tschechien bei 3 vH lag, in Ostdeutschland jedoch bei durchschnittlich knapp 14 vH. Dabei sind die umfangreichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die den ostdeutschen Arbeitsmarkt darüber hinaus kennzeichnen, noch nicht einmal berücksichtigt.<sup>4</sup> In Tschechien sind beschäftigungskonservierende Maßnahmen wie in Ostdeutschland praktisch nicht vorhanden. Auch Fortbildungs- und Umschulungsprogramme spielen dort bei weitem nicht so eine bedeutsame Rolle wie in Ostdeutschland. Was den Vorruhestand anbelangt, liegt das offizielle Renteneintrittsalter in Tschechien mit 55 Jahren für Frauen und 59 Jahren für Männer ohnehin deutlich niedriger als in Ostdeutschland. Im Unterschied zum Vorruhestand ist das durchschnittliche Rentenniveau in Tschechien jedoch so niedrig, daß Rentner zum Lebensunterhalt vielfach auf Hinzuverdienste angewiesen sind. Etwa 5 vH der tschechischen Erwerbstätigen sind Rentner, die meisten

von ihnen jedoch nur innerhalb der ersten fünf Jahre nach ihrem offiziellen Renteneintrittsalter. Die Vergleichbarkeit mit der ostdeutschen Erwerbstätigenquote wird dadurch allenfalls marginal beeinträchtigt, da der Erwerbstätigenquote einheitlich die Altersabgrenzung der 15 bis 65jährigen zugrundeliegt. Selbst wenn man in beiden Ländern diejenigen, die jeweils über das ostdeutsche Renteneintrittsalter hinaus noch erwerbstätig sind, aus der Berechnung herausnimmt, würde sich an dem grundsätzlichen Bild nichts ändern. In Tschechien betrifft dies lediglich etwa 2 vH der Erwerbstätigen, was nur unwesentlich über dem entsprechenden Anteil in Ostdeutschland liegt.

Daß der tschechische Arbeitsmarkt tendenziell eher von einem Nachfrageüberhang gekennzeichnet ist, läßt sich auch an der in relativ kurzer Zeit dynamisch angestiegenen Ausländerbeschäftigung ablesen. Allein zwischen 1993 und 1995 hat sich die Zahl der legal in Tschechien tätigen Ausländer mehr als verdoppelt (vgl. Tabelle 2). Der größte Teil der gemeldeten ausländischen Arbeitskräfte stammt aus der Slowakei. Unter den übrigen Herkunftsländern dominiert vor allem die Ukraine. Daneben spielt auch die illegale Beschäftigung von Ausländern eine gewichtige Rolle. Inoffiziellen Angaben zufolge wird ihre Zahl auf etwa 100.000 geschätzt und rekrutiert sich zum großen Teil aus

<sup>4</sup> Vgl. dazu den Beitrag von BRAUTZSCH, H.-U. in diesem Heft.

Tabelle 2:  
Legale Beschäftigung von Ausländern in Tschechien<sup>a</sup>  
- 1.000 Personen -

Herkunft	1993	1994	1995
Slowakei	23	39	59
Übrige	28	33	52
Insgesamt	51	72	111

<sup>a</sup> Die Angaben beziehen sich jeweils auf das Jahresende.

Quellen: Innenministerium der Tschechischen Republik, Ministerium für Arbeit Arbeit und Soziales der Tschechischen Republik, Wirtschaftsministerium der Tschechischen Republik.

Vietnamesen, die ursprünglich in Ostdeutschland beheimatet waren.<sup>5</sup>

Insgesamt läßt sich für den tschechischen Arbeitsmarkt Vollbeschäftigung konstatieren und es stellt sich die Frage, durch welche besonderen Maßnahmen es in Tschechien gelungen ist, diesen Zustand im Gegensatz zu vielen anderen Transformationsländern bislang zu sichern. Die Antwort darauf ist vielschichtig und ergibt sich aus einer komplexen Wechselbeziehung zwischen Privatisierungs-, Beschäftigungs-, Einkommens- und Wechselkurspolitik.

### ***Trotz rascher Privatisierung bleibt der Staat als Arbeitgeber weiterhin wichtig***

Die Privatisierungspolitik in Tschechien erfolgte in zwei großen Schritten. Im Zuge der so-

nannten kleinen Privatisierung wurden zunächst landwirtschaftliche Kollektive und Produktionsgenossenschaften entstaatlicht. Die sogenannte große Privatisierung bestand in der Restrukturierung und dem Verkauf der staatlichen Industriekombinate. Beide Privatisierungsschritte galten bereits Ende 1994 als weitgehend abgeschlossen. Dennoch hat der Staat seine Rolle als dominierender Arbeitgeber damit nicht ausgespielt (vgl. Tabelle 3). Mehr als 40 vH der Erwerbstätigen bezogen ihr Erwerbseinkommen Ende 1994 noch von der öffentlichen Hand. In Ostdeutschland liegt der Anteil der im öffentlichen Dienst und bei den Sozialversicherungen Beschäftigten nur noch bei etwa 20 vH.

Trotz der überdurchschnittlich hohen Beschäftigung im öffentlichen Sektor hat dies dem tschechischen Staat bislang keine Finanzierungsengpässe beschert. Dies ist nur dadurch zu erklären, daß es in Tschechien gelungen ist, das Reallohniveau am Beginn der Transformationsphase in einer Art konzentrierter Aktion um mehr als ein Viertel zu senken (vgl. Tabelle 4). Nicht zuletzt dieser Tatbestand dürfte dazu beigetragen haben, daß der tschechische Staatshaushalt als weitgehend ausgeglichen gelten kann. Während nämlich die Reallöhne gesunken sind, blieben die Nominallöhne weitgehend konstant. Dadurch sind die Staatseinnahmen nicht gesunken. Weiteren finanziellen Spielraum hat sich der tschechische Staat durch eine rigorose Streichung von Subventionen verschaffen können.

Tabelle 3:  
Struktur der Beschäftigung nach Sektoren und Eigentumsformen nach Abschluß der ersten (per 31.12.1992) und der zweiten Privatisierungsphase (per 31.12.1994)  
- in vH -

Sektor	Staatlich <sup>a</sup>		Gemischt		Privat	
	1992	1994	1992	1994	1992	1994
<i>Wirtschaft insgesamt</i>	46,5	41,1	6,4	5,9	47,1	53,0
darunter: <sup>b</sup>						
Landwirtschaft	74,8	58,9	2,1	1,9	23,1	39,2
Industrie	42,5	33,4	12,3	11,4	45,2	55,2
darunter: Verarbeitende Industrie	37,7	29,5	12,3	11,4	50,0	59,2
Bauwirtschaft	10,6	9,7	5,5	3,1	83,9	87,2
Handel, Reparaturgewerbe	16,0	14,4	1,8	1,8	82,2	83,8
Hotel- und Gaststättengewerbe	6,7	5,4	5,7	6,0	87,6	88,6
Transport- und Nachrichtenwesen	70,6	71,6	0,3	0,5	29,1	27,9
Finanzsektor	7,8	8,0	59,2	56,5	33,0	35,5

<sup>a</sup> Staat, Kommunen und Genossenschaften. – <sup>b</sup> Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen, staatliche Verwaltung und Rechtswesen etc. als typische Gebiete, in denen der Staat eine große Rolle spielt.

Quellen: Czech Statistical Office, Statistical Yearbook of the Czech Republic, Prag, Jahrgänge 1994 und 1995.

Tabelle 4:  
Stundenproduktivität, Reallöhne und Lohnstückkosten in der Tschechischen Republik  
- vH, 1990 = 100 -

	1991	1992	1993	1994	1995
Reallohn <sup>a</sup>	73,7	81,3	84,3	90,8	97,7
Produktivität <sup>b</sup>	93,6	90,9	92,6	94,0	96,5
Lohnstückkosten <sup>c</sup>	78,7	89,4	91,0	96,6	101,2

<sup>a</sup> Kaufkraftlohn: Nominallohnindex deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex. – <sup>b</sup> Bruttoinlandsprodukt auf Kronenbasis zu Preisen von 1994 je geleistete Arbeitsstunde. – <sup>c</sup> Reallohnindex/Produktivitätsindex.

Quelle: Forschungsinstitut für Arbeit und Soziale Angelegenheiten, Prag: Die Entwicklung von wichtigen ökonomischen und sozialen Kennziffern in der Tschechischen Republik 1990-1995, Nr. 8. Prag, April 1996; Berechnungen des IWH.

### **Einkommenspolitik und Privatisierung**

Die Bereitschaft der Arbeitnehmer, solche Einkommenseinbußen mitzutragen, erklärt sich vor allem vor dem Hintergrund der besonderen Form der Privatisierung. Hier sind vor allem zwei Gründe maßgeblich: Erstens hat die Privatisierung über Voucher der Mehrheit der Bevölkerung einen Anteil am Volksvermögen gesichert. Der Marktwert dieser Anteilsscheine war zwar zunächst offen, doch hat sich die damit erkaufte Bereitschaft zum Reallohnverzicht für die Beteiligten weitgehend ausgezahlt. Der durch die Korrekturinflation unmittelbar nach der Anhebung der Preise 1990 und nach Freigabe der Preise 1991 entstandene Vermögensverlust konnte durch die einsetzende wirtschaftliche Erholung rasch ausgeglichen werden. Bereits 1993, nach Abschluß der ersten Privatisierungsphase, war der Marktwert eines durchschnittlichen Aktienportfolios auf ungefähr das Sechsfache des durchschnittlichen Bruttomonatslohns gestiegen.<sup>6</sup> Der Einkommenspolitik fiel es dadurch relativ leicht, die Nominallohnforderungen auf einem Niveau zu halten, das der Produktivitätsentwicklung nicht allzu sehr davonlief.

Zweitens hat die Privatisierung der großen Staatsbetriebe die Lohnfindung insofern „entpolitisiert“, als die Regierung nicht mehr der alleinige oder gar zentrale Ansprechpartner für Lohnforderungen wie in der Planwirtschaft war. Die Ein-

richtung einer Trilateralen Kommission gab der Regierung die Möglichkeit, als Mediator in den Verhandlungen zwischen Unternehmensleitungen und Gewerkschaften aufzutreten und damit auch besser die eigenen gesamtwirtschaftlichen Ziele zu vertreten.

### **Flankierung der Privatisierung durch Existenzgründung**

Daneben gehörte zur tschechischen Privatisierungspolitik ein spezifisches Programm zur Förderung der Selbständigkeit. Es bestand darin, allen von Entlassung bedrohten Arbeitnehmern der Staatsindustrie alternativ zur Arbeitslosenunterstützung ein im Erfolgsfall nicht rückzahlbares Startkapital zur Existenzgründung auszuzahlen. Die Höhe des Startkapitals wurde an der potentiellen Arbeitslosenunterstützung für zwei Jahre bemessen. Wurde die Firma innerhalb dieser Frist aufgegeben, war der Betrag an das Arbeitsamt zurückzuzahlen. Zu gleichen Konditionen anspruchsberechtigt waren Privatfirmen, die einen Arbeitsplatz für einen Beschäftigten der Staatsindustrie schufen. Insgesamt konnten auf diese Weise 250.000 Angehörige der staatlichen Industrie in die Privatwirtschaft überführt werden. Nur für einen verschwindend geringen Anteil des so gewährten Startkapitals trat die Rückzahlungspflicht aufgrund vorzeitiger Unternehmensaufgabe in Kraft. Alles in allem hat allein dieses Programm für fast 5 vH der Beschäftigten von 1990 den Weg in die Privatwirtschaft geebnet.

### **Einkommens- und Wechselkurspolitik**

Die vielleicht entscheidende Bedeutung kommt jedoch der Entwicklung der Lohnkosten im internationalen Vergleich zu. Auch eine nur grobe Schätzung zeigt, wie sich etwa im Vergleich zu Ostdeutschland die internationale Wettbewerbsfähigkeit zugunsten Tschechiens verbessert hat. Während Ostdeutschland mit der Währungsunion jeglichen währungspolitischen Handlungsspielraum verlor, konnte Tschechien das Instrument der Abwertung zur Verbesserung seiner Wettbewerbsposition nutzen.

Eine Schlüsselstellung nimmt hier das Jahr 1991 ein: In DM berechnet lagen die Gesamtkosten pro Arbeiterstunde in der Verarbeitenden Industrie Tschechiens 1990 bei ungefähr 5 DM verglichen mit 10,75 DM in den neuen Bundesländern und 31 DM im EU-12-Durchschnitt. 1991 – nach einer drastischen Abwertung der (damals noch tschechoslowakischen) Krone – sanken die Gesamtkosten pro Arbeiterstunde um ein Viertel auf 3,80 DM, während

<sup>6</sup> Vgl. HRUBY, Z.: Major differences between the Czech Republic and Selected European Countries, in: IWH, Mittel- und Osteuropa. Beiträge zur Wirtschaftsreform, Nr. 1/1994, S. 21.



sie in den neuen Bundesländern um ein Drittel auf 14,20 DM anstiegen (EU: -2,9 vH).<sup>7</sup>

Die Kombination von Wechselkurs- und Einkommenspolitik hat damit zweifelsohne den wichtigsten Beitrag zur Verbesserung der relativen Wettbewerbsposition Tschechiens gegenüber Ostdeutschlands geleistet. Dabei sind zwei Aspekte zu beachten: Nicht die faktische reale Aufwertung der ostdeutschen Währung im Zuge der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion allein war ausschlaggebend für den schlagartigen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, sondern die Aufgabe der eigenständigen Währung. Ohne eigenständige Währung lastet die Anpassung der Wirtschaft fast ausschließlich auf der Einkommenspolitik. Diese ist jedoch sichtlich überfordert: Das ostdeutsche Beispiel hat einige Erfahrungen aus der Weltwirtschaft<sup>8</sup> eindrucksvoll bestätigt, wonach sich durch den Wegfall einer eigenständigen Währung die Arbeitnehmer an den Löhnen in den reicheren Regionen orientieren. Die Spielräume der Einkommenspolitik werden dann erheblich eingeengt. Der Sachverständigenrat hat deshalb bereits früh von einer „unvermeidlichen“ Orientierung der ostdeutschen Bevölkerung an dem westdeutschen Lebensstandard gesprochen.<sup>9</sup> Hinzu kommt, daß die Einkommenspolitik von ihrer Konstitution her generell schwächer ist als die Wechselkurspolitik. Letztere wird von den staatlichen Akteuren fast allein bestimmt, in der Einkommenspolitik kommen dagegen viele Akteure ins Spiel.

Dennoch konnte die Wechselkurspolitik ihre Wirkung erst in der Kombination mit der Einkommenspolitik entfalten. Die Wechselkurspolitik mag zwar eine notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Transformation sein, reicht für sich genommen aber offensichtlich noch nicht aus, wie aus den mitunter noch beträchtlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in anderen Transformationsländern hervorgeht, die eine vergleichbare Wechselkurspolitik betreiben. Die Unterbewertung der tschechischen Krone verschaffte der Einkommenspolitik jedoch einen entscheidenden Spielraum. Die Bildung einer trilateralen Kommission aus Regierung, Managern der Unternehmen und der Gewerkschaften schuf das Instrument, das eine Abstimmung der Nominallohnentwicklung an die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse erlaubte. Hin-

zu kam als ein auch nach polnischen Erfahrungen wirksames stabilisierungspolitisches Instrument eine Lohnzuwachssteuer, die die Betriebe abhielt, zu starke Nominalloohnerhöhungen zu gewähren. Auf diese Art und Weise konnte zwar die Inflation nicht vollständig beseitigt werden; es kam auch zu einer nicht unbeträchtlichen realen Aufwertung der Krone. Gleichwohl hatte die ursprüngliche starke Abwertung der Krone genügend Spielraum gelassen, um eine beschäftigungspolitische Katastrophe zu vermeiden.

*Hubert Gabrisch (gab@iwh.uni-halle.de)*

*Hilmar Schneider (his@iwh.uni-halle.de)*

---

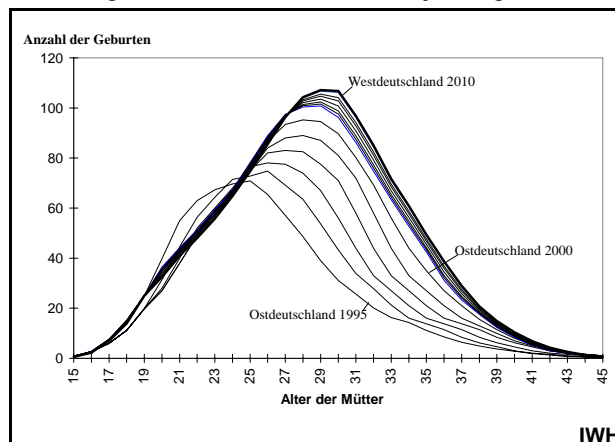
<sup>7</sup> Vgl. GABRISCH, H. et. al.: Die Industrien Tschechiens und der Slowakei: Profile, Trends und Bezug zu Österreichs Industrie. WIIW-Forschungsberichte Nr. 201. Wien 1993, S. 16 ff.

# Die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland bis zum Jahr 2010

Seit 1989 hat sich die Einwohnerzahl in den neuen Ländern um weit über eine Million durch Abwanderungen verringert. Auch die Zahl der Geburten hat seit 1989 in großem Umfang abgenommen. Demzufolge muß für die Zukunft mit sinkenden Schülerzahlen und einem abnehmenden Bedarf an Schul- und Kindergartenplätzen gerechnet werden. Der seit 1995 eingetretene Anstieg der Geburtenzahlen läßt jedoch vermuten, daß die Talsohle durchschritten ist. Im Projektionszeitraum bis 2010 werden die Geburtenzahlen weiter ansteigen. Darüber hinaus ist zu erwarten, daß sich langfristig eine Angleichung zwischen den wesentlichen Bestimmungsfaktoren der ostdeutschen und der westdeutschen Bevölkerungsentwicklung einstellt.

Nicht nur der Bevölkerungsbestand, sondern auch die Bevölkerungsstruktur in Ostdeutschland hat sich seit der Wende nachhaltig verändert. Die Ursachen für den Bevölkerungsrückgang haben sich jedoch inzwischen verschoben. Während die Jahre 1989 und 1990 vor allem durch starke Migration geprägt waren, gewinnt seit 1991 die natürliche Bevölkerungsbewegung an Bedeutung. So ist die Zahl der Neugeborenen bereits seit 1989 deutlich zurückgegangen. Erst 1995 war erstmals wieder ein Anstieg der Geburtenzahlen zu verzeichnen. Trotzdem wird das hohe Ausgangsniveau von 1989 nicht mehr erreicht. Längerfristig ist mit einer Konvergenz der demographischen Verhältnisse in Ost- und Westdeutschland zu rechnen. Die Projektion bis 2010 im Rahmen des hier kurz beschriebenen Bevölkerungsfortschreibungsmodells zeigt,

Abbildung 1:  
Erwartete Entwicklung der altersspezifischen Geburtenziffern in Ostdeutschland  
- Lebendgeborene auf 1.000 Frauen des jeweiligen Alters -



Quelle: 1995 Statistisches Bundesamt, IWH-Projektion.

wie sich die relevanten Größen verändern.<sup>10</sup> Nachfolgend werden die dem Modell zugrundeliegenden Annahmen über die Bestimmungsfaktoren der Bevölkerungsentwicklung erläutert, sowie die Ergebnisse und die Konsequenzen für den zukünftigen Schul- und Kindergartenplatzbedarf dargestellt.

## Geburtenverhalten

Seit der Wende ist ein Geburtendefizit zu verzeichnen, welches auch in Zukunft nicht durch die seit Oktober 1992 registrierten Wanderungsgewinne aufgefangen wird. Der infolge der Transformation erfolgte Einbruch bei den Geburten hat jedoch 1994 die Talsohle erreicht. Insgesamt wird die Entwicklung in der Zukunft hauptsächlich von einer Anpassung des Geburtenverhaltens an Verhaltensmuster gekennzeichnet sein, wie sie aus Westdeutschland bekannt sind. Infolgedessen steigt in erster Linie das durchschnittliche Gebäralter der Frauen. Dieses lag mit 24,8 Jahren 1989 deutlich niedriger als in Westdeutschland mit 28,2 Jahren und wird bis zum Jahr 2010 wie in Westdeutschland auf 29,8 Jahre ansteigen.<sup>11</sup> Eine Verschiebung des durchschnittlichen Gebäralters zeichnet sich bereits seit 1991 ab. Der Anpassungsprozeß macht sich allerdings vorerst nur bei den jüngeren Frauengenerationen unter 25 Jahren bemerkbar, da die älteren Frauenjahrgänge im gebärfähigen Alter die

<sup>8</sup> Vgl. beispielsweise die Franc-Zone zwischen Frankreich und seinen früheren west- und zentralafrikanischen Kolonien. LANGHAMMER, R. J.: Salient features of trade among former Soviet Union Republics. Kiel Working Paper No. 496, 1991, S. 25 f.

<sup>9</sup> So heißt es in einem an den Bundeskanzler gerichteten Brief vom 9. Februar 1990: „Es ist wohl unvermeidlich, daß die Einführung der D-Mark bei den Bürgern der DDR die Illusion erwecken muß, mit der Währungsunion sei auch der Anschluß an den Lebensstandard der Bundesrepublik hergestellt.“ Vgl. Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1990/91, S. 306.

<sup>10</sup> Zu den Methoden vgl. FEICHTINGER, G.: Bevölkerungsstatistik. Berlin 1973.

<sup>11</sup> Vgl. POHL, K.: Kinderwunsch und Familienplanung in Ost- und Westdeutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaften, Jg. 20, 1/1995, S. 67-100.

Gebärphase zum größten Teil bereits vor der Wende abgeschlossen haben. In Abbildung 1 ist die zu erwartende Entwicklung der altersspezifischen Geburtenziffern dargestellt. Die obere Linie stellt den für das Jahr 2010 in Westdeutschland erwarteten Verlauf der altersspezifischen Geburtenziffern dar. Die darunter liegenden Linien entsprechen den Verläufen der altersspezifischen Geburtenziffern in Ostdeutschland von 1995 bis zum Jahre 2010 und dokumentieren, wie sich die Annäherung an das für Westdeutschland im Jahr 2010 unterstellte Geburtenverhalten vollziehen dürfte. Der Verlauf der altersspezifischen Geburtenziffern der nach 1970 geborenen Frauengenerationen ist bereits weitgehend deckungsgleich mit demjenigen entsprechender westdeutscher Frauengenerationen. Es wird angenommen, daß sich der hier erkennbare Anpassungsprozeß in der Zukunft stetig fortsetzt. Ursächlich für diese Anpassung ist, daß einerseits Faktoren, die zum Geburteneinbruch führten (z.B. Unsicherheit über die persönliche und familiäre Situation in der Zukunft) im Zuge der wirtschaftlichen Angleichung nach und nach an Bedeutung verlieren dürften. Andererseits passen sich die ökonomischen Rahmenbedingungen der Kindererziehung in Ost- und Westdeutschland zunehmend an. Es wird davon ausgegangen, daß der Prozeß der Anpassung des Gebärverhaltens bis zum Jahr 2010 weitgehend abgeschlossen sein wird. Die dann 35jährigen Frauen bilden die älteste der Generationen, deren Gebärverhalten durchgehend dem neuen Verhaltensregime zuzuordnen ist. Von den im Jahr 2010 noch älteren Frauen im gebärfähigen Alter wird nur ein geringer Teil die Gebärphase bereits vor der Wende abgeschlossen haben, so daß auch das Geburtenverhalten dieser Frauen zumindest überwiegend nach dem neuen Verhaltensregime erfolgt sein dürfte.

Der Geburteneinbruch ist nicht nur auf das generative Verhalten der Bevölkerung zurückzuführen, sondern auch auf den Altersaufbau der gebärfähigen Frauen. Gegenüber Westdeutschland zeigen sich Unterschiede insbesondere hinsichtlich einer geringeren Überalterung, schwächer ausgeprägter Jahrgangsstärken in den 60er Jahren und dafür stärker besetzter Jahrgänge ab den 70er Jah-

ren. In Abbildung 2 ist die jährliche Entwicklung der Anteile der Frauen einzelner Altersstufen an der Gesamtzahl aller gebärfähigen Frauen von 15 bis 45 Jahren im Zeitraum von 1989 bis 2010 aufgetragen. Die dreidimensionale Darstellung ergibt sich durch Anordnung der Altersstrukturverteilungen der einzelnen Jahre in ihrer zeitlichen Reihenfolge. Das Tal im so resultierenden Altersstrukturgebirge reflektiert den Geburtenrückgang ab Mitte der 60er Jahre. Das für 1989 zu beobachtende Defizit bei den 15jährigen Frauen verschiebt sich bis 2010 zu einem Defizit bei den 36jährigen. Daraus folgt, daß ein Geburteneinbruch ab Mitte der 90er Jahre aufgrund der geringeren Anzahl von Frauen im Alter der höchsten Gebärtätigkeit in jedem Falle eingetreten wäre. Die wendebedingte Veränderung des Gebärverhaltens hat diesen Effekt jedoch noch verstärkt. Dieser Verstärkungseffekt wirkt auch in Zukunft noch nach, da sich der unterproportionale Anteil der Frauen im gebärintensiven Alter parallel mit der Verschiebung des Gebäraltersgipfels verschiebt. Dies führt noch bis etwa zum Jahr 2005 zu einem relativen Geburtenausfall, weil die Gruppe von Frauen mit der höchsten Fertilität jeweils am schwächsten besetzt sein wird. Die Altersgruppe der 25jährigen Frauen in Ostdeutschland, die 1995 die höchste Gebärintensität aufwies, besaß nur einen Anteil von 1 vH unter allen ostdeutschen Frauen im gebärfähigen Alter. Der Anteil der vergleichbaren Altersgruppe der 28jährigen Frauen in Westdeutschland lag mit 1,7 vH deutlich darüber. Bis zum Jahr 2010 dürfte sich dieses Verhältnis allerdings insoweit umgekehrt haben, als daß dieser Anteil in Ostdeutschland auf ca. 1,5 vH gestiegen sein wird, während er in Westdeutschland auf unter 1,0 vH sinkt. Daß die Geburten absolut trotzdem bereits ab 1996 wieder ansteigen dürften, ist nur dem allgemeinen Anstieg der Geburtenaktivität gemäß der Darstellung in Abbildung 1 zu verdanken. Erst ab dem Jahr 2005 wird die Wirkung der dann wieder stärkeren Jahrgänge im geburtenintensiven Alter spürbar werden.

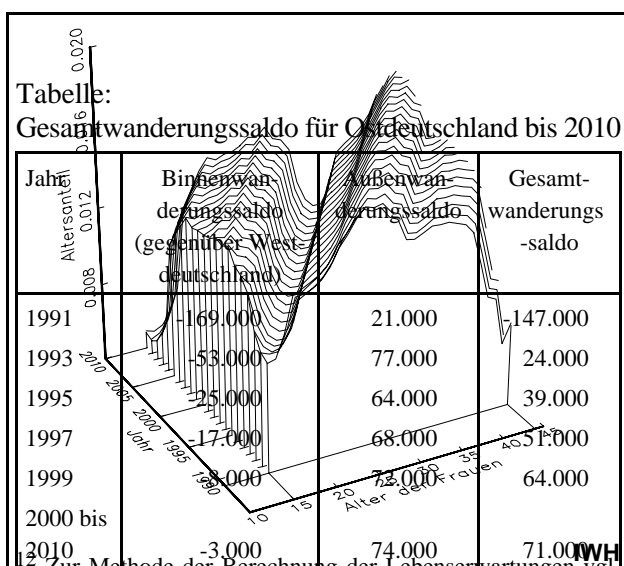
### ***Lebenserwartung***

Die Lebenserwartung war Mitte der 80er Jahre in der früheren Bundesrepublik bei Männern wie bei Frauen deutlich höher als in der DDR. Die Lebenserwartung der Frauen in Ostdeutschland betrug 1994 77,3 Jahre und die der Männer 70 Jahre. Die Entwicklung in der Zukunft zeichnet sich durch eine tendentielle Angleichung der Lebensumstände in Ost- und Westdeutschland aus und wird somit auch zur Angleichung der Lebenserwartungen führen.<sup>12</sup> Für die Deutschen wird insgesamt ein weiterer Rückgang der Sterblichkeit in allen Altersklassen angenommen. Demzufolge steigt die Lebenserwartung der westdeutschen Frauen auf 82 Jahre in 2010 und die der westdeutschen Männer auf 77 Jahre. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen in Ostdeutschland wird bis 2010 auf 80,7 Jahre ansteigen und die der Männer auf 75,9 Jahre.

### Wanderungen

In Deutschland werden hohe Einwanderungsüberschüsse registriert. Das Ausmaß der Zuwanderungen hängt dabei in starkem Maß von politischen Setzungen ab, die praktisch nicht zu antizipieren sind. Aus diesem Grund wird in der vorliegenden Projektion davon ausgegangen, daß der Status quo mittelfristig erhalten bleibt. Als Status quo wird dabei der durchschnittliche Außenwanderungssaldo für Westdeutschland der letzten zehn Jahre angenommen. Für Ostdeutschland wird da-

Abbildung 2:  
Altersgruppenanteile der Frauen im gebärfähigen Alter in Ostdeutschland  
- in vH -



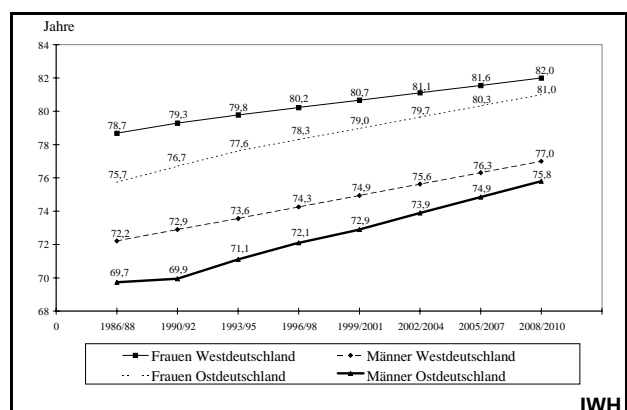
Quelle: IWH-Bericht Nr. 1995/30, S. 11 ff. und IWH-Bericht Nr. 1996/30, S. 11 ff.

von ausgegangen, daß der Außenwanderungssaldo bezogen auf die Gesamtbevölkerung bis zum Jahr 2000 sukzessive den gleichen Anteil von etwa 74.000 wie in Westdeutschland erreicht (vgl. Tabelle).

Der im Vergleich dazu unterdurchschnittliche Außenwanderungssaldo von 1994 wird daher als vorübergehend betrachtet, dem eine allmähliche Rückkehr zum Status quo folgt.

Die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Bundesländern und Berlin-Ost ist seit 1991 gekennzeichnet durch eine Verringerung der Zuzüge aus den neuen Bundesländern und Berlin-Ost bei gleichzeitigem Anstieg der Wanderungen in entgegengesetzter Richtung. Betrug der negative *Binnenwanderungssaldo* in den Jahren 1989 und 1990 noch 383.000 bzw. 359.000 Personen, so war der Bevölkerungsverlust an die alten Bundesländer bis Ende 1995 auf 25.000 Personen gesunken (vgl. Tabelle). Es ist anzunehmen, daß die Binnenwanderung zwischen Ost und West bis 2010 nur noch eine geringe Rolle spielen wird. Die Verrechnung des Binnenwanderungssaldos mit dem Außenwanderungssaldo führte 1995 für Ostdeutschland zu einem Nettowanderungsgewinn von 39.000 Personen. Angesichts der Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit wird angenommen, daß dieser Bevölkerungsgewinn bis zum Jahr 2000 jährlich auf eine Höhe von 71.000 Personen ansteigt und dann konstant bleibt. Damit entspricht das Verhältnis des Gesamtwanderungssaldos zur Bevölkerung je-

Abbildung 3:  
Lebenserwartungen in Ost- und Westdeutschland



Quelle: Bis 1995 Statistisches Bundesamt, ab 1996 IWH-Projektion.

nem in Westdeutschland.

### Ergebnisse der Projektion

Die Veränderungen der Bestimmungsfaktoren der demographischen Entwicklung führen dazu, daß sich der Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland verlangsamt, da sich die bestehende Lücke zwischen Geborenen und Gestorbenen – ebenso wie bereits im Westen Deutschlands – verringern wird. Dennoch fällt die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland von 15.475.000 im Jahr 1995 auf 15.300.000 im Jahr 2010. Im Vergleich zum Bevölkerungsrückgang von ca. 1 Mio. Personen zwischen 1988 und 1992 ist dieser Verlust allerdings gering.

Ebenso bedeutend wie die Veränderungen des Bevölkerungsstands sind die Verwerfungen in der Altersstruktur, die durch den Geburteneinbruch, die Abwanderungen und dem Anstieg der Lebenserwartungen resultieren. Die Veränderung der Proportionen zwischen alten und jungen Menschen als ein gesamtdeutsches Problem ist auch in Ostdeutschland nicht erst seit der Wende zu beobachten. Allerdings scheint der Geburteneinbruch die Altersschiefe der Verteilung verstärkt zu haben. Die An-

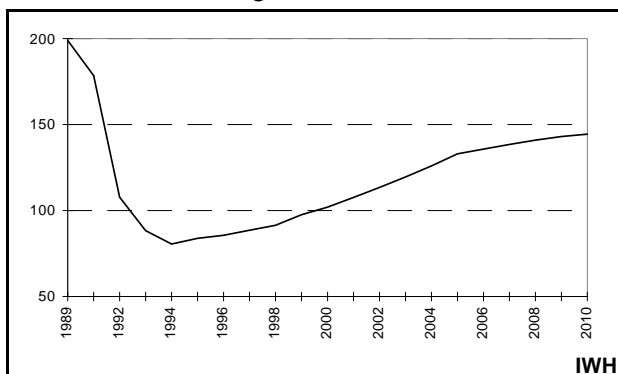
zahl der Geburten ist von 200.000 im Jahr 1989 auf knapp 79.000 im Jahr 1994, also auf weniger als die Hälfte, gesunken. 1995 sind die Geburtenzahlen jedoch bereits wieder auf knapp 84.000 angestiegen. Mittelfristig wird erwartet, daß die Geburtenzahlen bis 2005 stetig auf 132.000 jährlich und nochmals auf 144.000 bis 2010 steigen werden (vgl. Abbildung 5). Dementsprechend wird sich die entstandene Geburtenlücke reduzieren.

Neben der schwachen Geburtenentwicklung sorgt vor allem der Anstieg der Lebenserwartungen zu einem weiter wachsenden Altersquotienten. Unter dem Altersquotienten ist hier das Verhältnis von Personen über 60 zu jenen die jünger als 60 Jahre alt sind gemeint. Die in der Projektion unterstellte höhere Lebenserwartung und die Altersstrukturverschiebung der Bevölkerung führt bereits zu Beginn des Projektionshorizonts zur Erhöhung des Altersquotienten. Im Projektionszeitraum steigt dieser von 26,6 vH im Jahr 1996 auf etwa 32 vH nach der Jahrtausendwende.

#### **Die Situation der Schulen und Kindergärten**

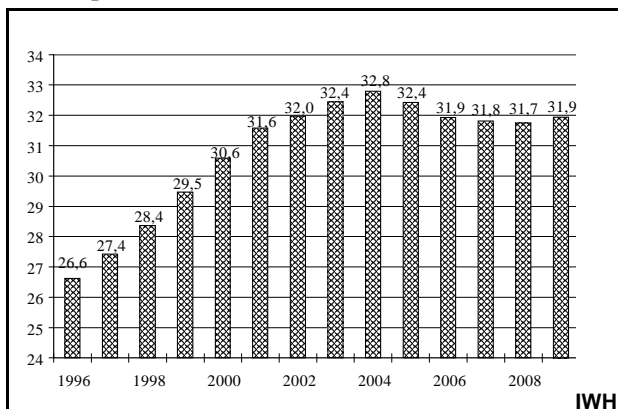
Als Folge des Geburteneinbruchs wird die Zahl der Kinder im Kindergartenalter (3 bis 6) von ca. 656.000 im Jahr 1989 auf ein Minimum von 264.000 im Jahr 2000 fallen. Der potentielle Bedarf an Kindergartenplätzen wird jedoch aufgrund der gestiegenen Geburten bis 2010 wieder auf ca. 412.000 ansteigen (vgl. Abbildung 7). Auch die Entwicklung des Bedarfs an Grundschulplätzen zeigt eine ähnliche Struktur. 1989 waren 222.000 einzuschulende Kinder zu verzeichnen. Zur Jahrtausendwende wird die Talsohle bei den Einschulungen mit 83.000 Erstklässlern erreicht sein.

Abbildung 5:  
Geburtenentwicklung in 1.000 Personen



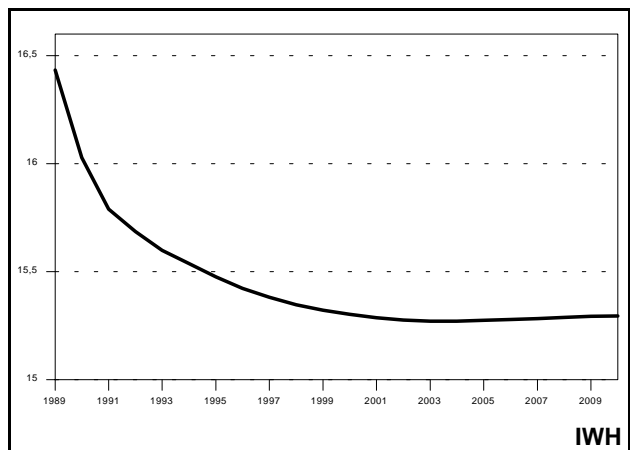
Quelle: Bis 1995 Statistisches Bundesamt, ab 1996 IWH-Projektion.

Abbildung 6:  
Altersquotient in vH



Quelle: IWH-Projektion.

Abbildung 4:  
Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland  
- Anzahl der Personen in Millionen -



Quelle: Bis 1994 Statistisches Bundesamt, ab 1995 IWH-Projektion.

Danach erhöht sich die Zahl der einzuschulenden Kinder auf 130.000 bis 2010.

Naturgemäß sind auch die weiterführenden Schulen vom heutigen Geburtenrückgang betroffen, auch wenn dieser sich erst relativ spät bemerkbar machen wird. 1989 zählte man 1.764.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 19 Jahren. Diese bildeten das Schülerpotential für die weiterführenden Schulen. Bis 2000 steigt deren Zahl auf 1.893.000 an, um dann bis 2010 auf 997.000 abzusinken. Das sind nur noch 52,3 vH des Potentials im Jahr 2000.

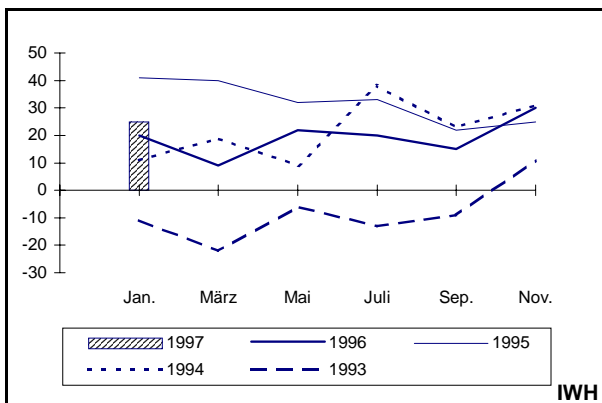
Dieser ausgesprochen niedrige Bestand bildet jedoch nur die Talsohle des Schülerpotentials und ist mit dem Minimum der Geburten in 1994 vergleichbar. Demzufolge wird dieses Niveau ebenso wie zuvor die Zahl der Geburten, Kindergartenkinder und der Bestand der Grundschüler nach 2010 mit der entsprechenden zeitlichen Verzögerung wieder ansteigen. Ein Vergleich der ostdeutschen

Entwicklung mit der Situation in Westdeutschland ergibt für das Ende des Projektionszeitraums folgendes Bild: Die Bevölkerungsanteile der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren sind dann bereits vergleichbar hoch. In Ostdeutschland wird im Jahr 2010 der Anteil dieser Kinder an der Gesamtbevölkerung 3,2 vH betragen, während in Westdeutschland die vergleichbare Kindergruppe einen Anteil von 2,8 vH einnimmt. Auch bei den Kindern zwischen 6 und 10 Jahren werden die Anteile mit 3,3 vH in Ostdeutschland und 3,6 vH in Westdeutschland etwa gleich hoch sein. Größere Divergenzen wird es dagegen noch in der Altersgruppe der 10 bis 19jährigen geben. Wegen der Nachwirkungen des Geburteneinbruchs der Nachwendezeit wird hier ein Anteil von 6,1 vH in Ostdeutschland einem Anteil von 9,9 vH in Westdeutschland gegenüber stehen.

Anja Landwehrkamp

## Geschäftsklima im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe

Abbildung 1:  
Entwicklung der Geschäftslage  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen

### im Januar 1997 gespalten

Nach dem Stimmungshoch vom November 1996 ist im Januar wieder Ernüchterung im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe eingetreten. Die *Geschäftslage* hat sich zu Jahresbeginn verschlechtert – das ergab die neueste Umfrage des IWH unter rund 300 Industrieunternehmen. Der Saldo aus den positiven und negativen Urteilen fiel gegenüber der vorangegangenen Umfrage um 5 Punkte auf der Bewertungsskala, blieb aber trotz des anhaltenden Winters über dem Stand vor Jahresfrist.

Abbildung 2:  
Entwicklung der Geschäftsaussichten  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -

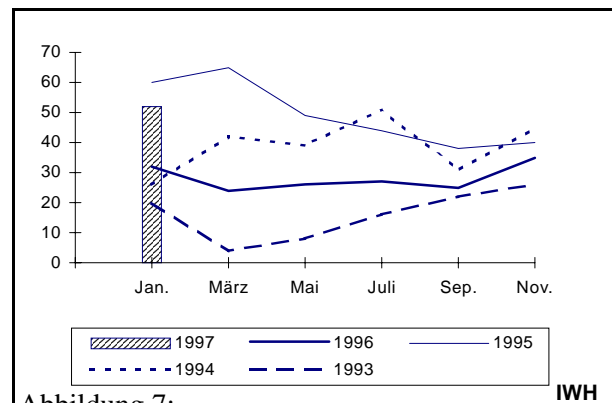
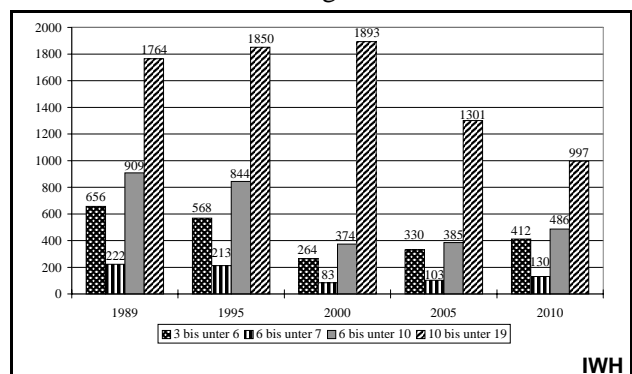


Abbildung 7:  
Anzahl der Kinder und Jugendlichen



Quelle: Bis 1995 Statistisches Bundesamt, ab 1996 IWH-Projektion.

Die Eintrübung des aktuellen Geschäftsverlaufs geht vor allem auf die baunahen Industriebranchen zurück. Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich ist der Bewertungssaldo sogar in den negativen Bereich gerutscht; bei den Baustoffherstellern ist er um fast 70 Punkte unter das Niveau vom November gefallen. Er liegt damit weit unter dem Stand des Vorjahres, der die Spuren eines extrem harten Winters trug. Auch das Verbrauchsgütergewerbe hat Rückgänge gemeldet. Allerdings ist hier die Geschäftslage deutlich über dem Stand vor Jahresfrist geblieben.

Im Investitionsgütergewerbe berichten die Unternehmen dagegen von einer Verbesserung der Geschäftslage. Sowohl gegenüber der vorangegangenen Umfrage im November als auch gegenüber dem Ergebnis vom Januar 1996 hat der Anteil der Optimisten zugenommen. Besonders die Maschinenbauer und die Elektroindustrie befinden sich weiter im Aufwind. Allerdings ist auch bei den Investitionsgüterherstellern der Rückgang der Bauaktivitäten nicht folgenlos geblieben. Der Stahl- und Leichtmetallbau sowie die Erzeuger von Eisen-, Blech- und Metallwaren, die wichtige Zulieferer

für das Baugewerbe sind, haben eine Eintrübung der Geschäftslage gemeldet.

Im Unterschied zur Lageeinschätzung haben die ostdeutschen Industrieunternehmen ihre Erwartungen für das nächste Halbjahr nicht reduziert. Obwohl die Auftragslage im Januar nachgegeben hat, sehen sie ihre *Geschäftsaussichten* in einem deutlich günstigeren Licht als noch im November. Der Bewertungssaldo ist – wie seit mehr als einem Jahr nicht mehr – kräftig um 17 auf 52 Punkte angestiegen. Selbst der baunahe Grundstoff- und Produktionsgüterbereich rechnet wieder mit Zuwächsen. Am deutlichsten hat der Optimismus bei den Investitionsgüterproduzenten zugenommen. Der Anteil der Unternehmen, die ihre Geschäftsaussichten „gut“ oder „eher gut“ einschätzen, liegt inzwischen bei vier Fünfteln. Im Verbrauchsgütergewerbe ist die optimistische Erwartung leicht rückläufig.

Die per saldo zuversichtlich eingeschätzten Geschäftsaussichten lassen ein Ankoppeln der ostdeutschen Industrie an den konjunkturellen Aufschwung in Westdeutschland und Westeuropa erwarten.

Udo Ludwig

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage in der ostdeutschen Industrie - Januar 1997

- Vergleich zum Vorjahr und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Jan 96	Nov 96	Jan 97	Jan 96	Nov 96	Jan 97	Jan 96	Nov 96	Jan 97	Jan 96	Nov 96	Jan 97	Jan 96	Nov 96	Jan 97
	in vH der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup>														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	14	14	16	46	51	47	36	31	31	4	4	6	20	30	25
Hauptgruppen															
darunter:															
Produktionsgütergewerbe <sup>b</sup>	10	12	15	49	43	33	33	37	40	8	8	12	19	10	-5
Investitionsgütergewerbe	15	13	14	46	53	55	36	31	26	3	3	5	23	32	37
Verbrauchsgütergewerbe	11	15	29	41	58	33	41	24	35	7	3	3	4	45	24
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	16	15	20	55	57	51	24	27	26	5	1	4	43	44	41
50 bis 249 Beschäftigte	20	15	16	40	53	46	37	29	32	3	3	6	20	35	24
250 und mehr Beschäftigte	3	13	10	53	42	43	36	39	40	8	6	7	11	9	6
Statusgruppen															
darunter:															
Privatisierte Unternehmen	14	12	15	45	53	49	36	31	31	5	4	5	19	30	27
Westdt./ausl. Investoren	13	12	14	41	52	51	40	30	29	6	6	6	7	27	30
Management-Buy-Outs	21	6	12	57	59	48	21	33	37	1	2	3	55	31	20
Reprivatisierer	7	18	13	67	54	50	23	28	37	3	0	0	47	43	25
Neugründungen	19	25	12	33	61	52	44	14	24	4	0	12	4	72	27
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	13	12	15	53	56	61	32	30	21	2	2	3	32	35	52

<b>Hauptgruppen</b>															
darunter:															
Produktionsgütergewerbe <sup>b</sup>	8	10	17	50	39	41	38	43	35	4	8	6	17	-1	17
Investitionsgütergewerbe	17	10	14	51	57	67	30	33	18	2	0	1	37	33	62
Verbrauchsgütergewerbe	10	16	18	63	73	68	24	8	11	3	3	3	46	77	71
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 49 Beschäftigte	15	16	16	64	60	54	18	21	26	3	3	4	58	51	41
50 bis 249 Beschäftigte	17	13	17	51	61	63	30	25	17	2	1	2	35	47	61
250 und mehr Beschäftigte	8	9	10	50	39	60	39	48	27	3	4	3	16	-3	40
<b>Statusgruppen</b>															
darunter:															
Privatisierte Unternehmen	14	11	16	51	57	61	32	30	20	3	2	3	30	35	53
Westdt./ausl. Investoren	12	11	16	46	51	59	39	35	22	3	3	4	16	24	49
Management-Buy-Outs	25	3	17	54	72	71	19	23	11	2	2	1	58	50	75
Reprivatisierer	34	25	8	83	54	50	10	21	42	3	0	0	73	57	17
Neugründungen	15	19	15	63	56	61	22	22	24	0	3	0	56	50	52

<sup>a</sup> Summe der Wertungen pro Jahr jeweils gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – <sup>b</sup> Einschließlich Grundstoffgewerbe.

Quelle: IWH-Industrienumfrage.